

Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 50-51 (1933)

Heft: 11

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Tätigkeitsbericht unseres Verbandes pro 1932 wird sicherlich bei den Behörden, Mitgliedschaftsverbänden und Freunden von Handwerk und Gewerbe eingehend gewürdigt und beachtet werden. Er kann, so lange der Vorrat reicht, beim Zentralsekretariat des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Bürgerhaus, Bern, bezogen werden.

Verlängerung der Arbeitsperioden im Baugewerbe - eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Die Bauwirtschaftliche Zentralstelle der Direktion der eidgenössischen Bauten versendet an die schweizerischen Architekten und Ingenieure folgendes Rundschreiben:

„Die herrschende Arbeitslosigkeit macht es uns zur Pflicht, Mittel und Wege zu suchen, die geeignet sind, der Krise mit Erfolg zu begegnen.

Sie werden sicherlich festgestellt haben, daß der größte Teil der Hoch- und Tiefbauten im Sommer ausgeführt wird, und zwar oft ohne zwingende Gründe mit immer kürzern Ausführungsfristen; bei Herbstbeginn sind sie dann allgemein beendet. Daraus folgt, daß die Bauhandwerker in der Nachsaison wenig oder gar keine Beschäftigung finden können und deshalb den Arbeitslosenkassen zur Last fallen, währenddem es in vielen Fällen möglich wäre, die Bautätigkeit zu verlängern.

Dazu gesellt sich der Umstand, daß die Bauplätze im Sommer viele landwirtschaftliche Arbeitskräfte anlocken, zum Schaden der Landwirtschaft, die sowieso in der Hochsaison stets an Hilfskräften mangelt. Im Winter bietet sich ihnen keine Möglichkeit, in der Landwirtschaft unterzukommen; sie helfen dadurch die Arbeitslosenzahl in den Städten vergrößern.

Die gegenwärtige Baupraxis verursacht außerdem einen empfindlichen Rückgang an Lehrlingen. Dem Jüngling vergeht von vornherein die Lust am Bauhandwerk, weil er weiß, daß dieser Berufszweig im Winter keine Arbeitsgelegenheiten bietet. Sobald im Bauhandwerk während des ganzen Jahres gearbeitet werden kann, wird es weniger schwer halten, einheimische Arbeitskräfte heranzubilden.

In früheren Jahren konnte mit einer bedeutenden Auswanderung gerechnet werden; heute findet jedoch eine große Rückwanderung unserer Landsleute statt, und es ist deshalb unerläßlich, vorerst diesen Arbeit zu verschaffen und sie so gut als möglich dem Bauhandwerk zuzuführen, wodurch der Bedarf an ausländischen Bauarbeitern geringer wird.

Andererseits ist es heute technisch möglich, gewisse Bauarbeiten ohne Nachteil und große Kostenvermehrung im Winter ausführen zu lassen. Deshalb sollte angestrebt werden, Bauarbeiten so lange wie möglich auch nach dem Beginn der kalten Jahreszeit fortzusetzen und sie schon im Vorfrühling wieder aufzunehmen.

Es wäre ebenfalls wünschenswert, mehr als bisher einheimische Produkte, insbesondere Bauhölzer, zu verwenden.

Auch sollte geprüft werden, welche Bauteile normalisiert werden könnten (z. B. Türen, Fenster usw.); denn bei Beschränkung auf gewisse Typen könnten die Handwerker im Winter auf Vorrat für das Frühjahr arbeiten.

Das Hauptgewicht ist jedenfalls auf möglichst gestreckte Baufristen zu verlegen. Ein zu schnelles Bauen, besonders beim Hochbau, schadet der Qualität des

Bauwerks und verschlimmert die Lage des Arbeitsmarktes; zu kurze Baufristen verunmöglichen es dem Unternehmer, seine Arbeit planmäßig auszuführen; er muß stoßweise zahlreiches Personal einstellen, das er nach Beendigung der Bauten wegen des Fehlens weiterer Aufträge wieder entlassen muß.“

Volkswirtschaft.

Bundesgesetz über den unzulässigen Wettbewerb. Die vom eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement für die Frage des unlauteren Wettbewerbes eingesetzte Expertenkommission hat einen Entwurf zu einem Bundesgesetz über den unzulässigen Wettbewerb aufgestellt. Dieser Entwurf sieht, abgesehen von den Bestimmungen über die Ausverkäufe, nicht eine polizeilich-rechtliche Regelung vor, sondern vor allem zivilrechtliche Ansprüche gegenüber demjenigen, der eine unzulässige Wettbewerbshandlung begangen hat, ergänzt durch strafrechtliche Sanktionen.

Verlängerung des Hotelbauverbotes. Die Motion Meuli (Graubünden) betreffend Verlängerung des Hotelbauverbotes lautet: „Gemäß Bundesgesetz vom 26. Juni 1930 gelten die Bestimmungen über die Einschränkung der Erstellung und Erweiterung von Gasthöfen bis zum 31. Dezember 1933. Angesichts der am 30. September 1932 erlassenen Bundesbeschlüsse über Hilfsmaßnahmen des Bundes zu Gunsten des notleidenden Hotelgewerbes, sowie über das Pfandnachlaßverfahren für Hotelgrundstücke, deren Wirksamkeit sich bis Ende Dezember 1936 erstreckt, wird der Bundesrat eingeladen, baldmöglichst eine Vorlage über eine bis mindestens 31. Dezember 1936 ausgedehnte Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesgesetzes vom 16. Oktober 1924 betreffend Einschränkung der Erstellung und Erweiterung von Gasthöfen den eidgenössischen Räten zu unterbreiten.“ — Der Motionär bemerkt in der Begründung, daß die gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Kantonen zu weitherzig gehandhabt wurden, so daß man die Frage aufwerfen könnte, ob die Kontrolle nicht wieder dem Bundesrate übertragen werden sollte.

Bundesrat Häberlin erklärt, daß der Bundesrat die Motion entgegennehme. 1930 hatte er geglaubt, eine Verlängerung werde nicht mehr in Frage kommen. Seither haben sich aber die Verhältnisse so verschlechtert, daß der Bundesrat der Verlängerung keinen Widerstand macht. Ob das Bauverbot bis Ende 1936 oder 1940 verlängert werden soll, kann Redner heute nicht sagen. Man wird vorerst die verschiedenen Seiten der Angelegenheit prüfen müssen. — Die Motion wird diskussionslos gutgeheißen.

Arbeitsbeschaffung im Kanton Zürich. Die produktive Arbeitslosenfürsorge besteht nach einem Beschlusse des Bundesrates seit 1932, ist aber bereits von einer Anzahl Firmen im Kanton Zürich begehrt worden. Nach der Gesetzgebung über die produktive Arbeitslosenfürsorge erhalten notleidende Exportindustrien finanzielle Hilfe des Bundes, damit kann eine weitere Zahl von Leuten weiter beschäftigt werden und fallen somit nicht der Arbeitslosenfürsorge anheim. 30 Gesuche sind im Jahre 1932 um Fabrikationszuschüsse eingelangt, denen nach Prüfung durch die eidgenössischen Experten entsprochen worden ist. Insgesamt 1473 Personen erhielten dadurch für 114,154 Tage und Fr. 1,235,582 Lohn-

summe bei beruflicher Arbeit Verdienst. Für Versicherung hätten die Kassen 638,862 Franken an Taggeldern ausbezahlt und Bund, Kanton und Gemeinden total 578,300 Franken Subventionen leisten müssen. Die Kosten der produktiven Arbeitslosenfürsorge stellten sich auf 401,703 Franken; die Ersparnis gegenüber der Versicherung betrug 176,597 Franken. Dazu kommen als weitere Vorteile die Erhaltung der beruflichen Qualitäten bei der Arbeiterschaft, sowie die Pflege der Beziehungen mit Exportgebieten, die ohne diese Hilfe der ausländischen Konkurrenz zugefallen wären. Die produktive Arbeitslosenfürsorge hat demnach, obwohl erst in jungen Anfängen, gute Erfahrungen gezeitigt und dürfte in vermehrtem Maße in Anspruch genommen werden.

Verbandswesen.

Verband schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten. Im Jahresbericht des Verbandes schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten für 1932 wird betont, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes wesentlich verschlechterte. Die Arbeitslosigkeit im Schreinerhandwerk hat den Stand der Krisenjahre 1921/22 beinahe erreicht. Die durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden in der Holz- und Glasbearbeitung stieg von 512 Arbeitern im Jahre 1930 auf 1994 im Jahre 1932. Die Wohnbautätigkeit hielt sich glücklicherweise auf der Höhe des Vorjahres. Die Möbelindustrie war ordentlich beschäftigt; doch leidet sie nach den durchgeführten Erhebungen ganz besonders unter den gedrückten Preisen. Der Bericht bedauert, daß in der Möbelherstellung eine allgemeine Verflachung eintrat und die Schaffung besonderer Merkmale für Schweizer Qualität und Handwerksarbeit vernachlässigt worden sei. Der Verband hat im Jahre 1932 bei 52 öffentlichen Submissionen Richtofferten eingereicht, die eine Totalsumme von 1,120,058 Fr. erreichten. Vergaben wurden diese Arbeiten 5,63% unter den Richtofferten. Die niedrigsten Angebote waren auf den erwähnten Totalbetrag um 223,196 Franken oder rund 20% billiger. Man sehe daraus ganz deutlich, sagt der Bericht, daß infolge der schlechten Beschäftigung viele Betriebe ihren Umsatz, dadurch zu steigern suchten, daß gegenüber dem Jahre 1931 wesentlich billigere Angebote eingereicht wurden.

Tagung der Schmiede- und Wagnermeister in Aarau. Dieselben werden Sonntag den 25. Juni 1933 ihre ordentliche Delegiertenversammlung abhalten, mit Verbindung des 40jährigen Jubiläums des kantonalen Schmiede- und Wagnermeisterverbandes.

Totentafel.

✦ **Constantin Fontana, alt Baumeister in Effretikon** (Zürich), starb am 8. Juni im 77. Altersjahr.

✦ **Johann Tanner-Fischer, alt Drahtweber in Zürich**, starb am 9. Juni im 73. Altersjahr.

Verschiedenes.

Erhaltung historischer Kunstdenkmäler. Der Bundesrat hat die Verteilung des Kredits für die Erhaltung historischer Kunstdenkmäler in der Schweiz vorgenommen, der für dieses Jahr 110,000 Franken beträgt.

Industrielles und Bauliches aus dem Kanton Appenzell A.-Rh. Der Kantonsrat beschloß die Schaffung einer eigenen Zentralstelle für Arbeitsnachweis und die Einführung neuer Industrien, und die Einsetzung einer Kommission für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Ferner bewilligte er 42,000 Fr. Staatsbeitrag für einen Straßenbau Roßfall—Steinfluh—Beieregg, und 80,000 Fr. Beitrag an die Lohnsumme für die an diesem Straßenbau beschäftigten Arbeitslosen.

Neue Industrie im Kanton St. Gallen. Von einer auswärtigen Firma wird in der ehemaligen Ekata in Alt-Winkeln eine Zweigfabrikation für Bronze und Messingbeschläge aller Art eingerichtet. Zu diesem Zwecke müssen entsprechende Gießvorrichtungen erstellt werden.

Die Urbarisierung der Linthebene. (V-K.) Wie man dieser Tage hat erfahren können, hat auf einen Antrag des Konsumvereins Uzwil die Verwaltungskommission des Verbandes schweizerischer Konsumvereine beschlossen, die Urbarisierung der Linthebene zwischen dem Walensee und dem Zürichsee zwecks Arbeitsbeschaffung für arbeitslose Industriearbeiter in Aussicht zu nehmen, und sie hat die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau in Kerzers beauftragt, die bedeutsame Frage zu prüfen. Es ist nicht das erste Mal, daß von der Urbarisierung der Linthebene gesprochen wird, denn schon am 26. November 1916 hat in einer Versammlung des Linth-Limmatverbandes unter dem Vorsitz von Ständerat Dr. O. Wettstein, der heutige Nationalrat Dr. h. c. Rud. Gelpke mit beredten Worten auf die Notwendigkeit der Entwässerung der Gaster- und Lintkanalebene hingewiesen. Er hat betont, daß man es bei dem Problem der Linthverwertung mit einem wirtschaftlichen Meliorationswerk von außerordentlicher Tragweite zu tun habe, dessen Ausführung sich zufolge der größtenteils direkten Verzinsung und der beträchtlichen öffentlich-wirtschaftlichen Gegenwerte ohne weiteres empfehle. Der Wert der Bodenmelioration sei dabei nicht hoch genug zu veranschlagen. Eine allgemeine Verbesserung der Vorflut der Linth werde die Entwässerung erleichtern und die Abgabe billiger elektrischer Energie befördere inmitten der Sumpfniederungen die Errichtung künstlicher Entwässerungs-Anlagen vermittelt größerer Pumpwerke, namentlich dort, wo, wie in der Umgebung von Uznach die natürliche Entwässerung zufolge des Seerückstaus teilweise versage. Unter Zuhilfenahme eines Netzes kleinschiffbarer Verzweigungskanäle könne die Steigerung der Bodenertragsfähigkeit dank billiger Zufuhr von Kunstdünger, Baumaterialien, Kübelstoffe im Jahresbetrage von 8000 bis 10,000 m³ und des verwertbaren Strafen- und Hauskehricht der Stadt Zürich erreicht werden und auf demselben Wege ebenso die Abfuhr von Landesprodukten, wie Gemüse, Mais, Kartoffeln etc. nach dem städtischen Markte.

Occasions-Maschinen!

1 **Abrichtmaschine**, 500 br., Kirchner
1 **vielseitige Hobelmaschine** 500 mm breit

Spaltmaschinen
1 **Seitengatter**, 130 cm Durchm., Kirchner
Kreissägenwellen. 4185

S. MÜLLER, Zypressenstr. 66, ZÜRICH